

Die neue russische Regierung vom 8. Mai 1998

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1998). *Die neue russische Regierung vom 8. Mai 1998*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 21/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47474>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die neue russische Regierung vom 8. Mai 1998¹

Zusammenfassung

Die Entlassung der russischen Regierung unter Premier Wiktor Tschernomyrdin am 23. März 1998 war von Präsident Boris Jelzin seit November 1997 geplant. Der Regierungschef war für den Präsidenten immer mehr zu einer politischen und persönlichen Herausforderung geworden. Hinzu kamen wirtschaftliche Gründe – keine Fortsetzung des geringen Wachstumstrends von 1997 –, die durch die Entlassung des Premier "abgeschrieben" werden konnten. Die zeitliche Umsetzung der Entlassungsentscheidung erfolgte spontan. Der neue Premier Sergej Kirijenko wird als eine starke Persönlichkeit bezeichnet. Ihm wird zugetraut, bei Differenzen mit dem Präsidenten seinen Rücktritt einzureichen. Durch den Wegfall von sieben Stellvertreterposten wurde die neue Regierung auf 26 Mitglieder verkleinert. Von den 12 formal neuen Regierungsmitgliedern waren sechs bereits vorher auf Stellvertreterebene in der zentralen Exekutive tätig. Wenn bis zum Herbst 1998 die neue Regierung die Budgetprobleme nicht gelöst haben sollte, wird die Staatsduma – zum ersten Mal mit der erforderlichen Stimmenzahl – der Regierung das Mißtrauen aussprechen. Nach einer Wiederholung des Mißtrauensvotums innerhalb von drei Monaten dürfte der Präsident nicht die Regierung ablösen, sondern die Staatsduma auflösen, so daß im April oder Mai 1999 mit vorgezogenen Staatsdumawahlen zu rechnen ist.

Gründe für die Ablösung der Regierung Tschernomyrdin

Bei der Entlassung der Regierung Tschernomyrdin am 23. März 1998 muß zwischen Planung und Anlaß unterschieden werden. Präsident Boris Jelzin hatte bereits im November 1997 im kleinsten Kreis mit Walentin Jumaschew (Leiter der Präsidialadministration), seiner Tochter Tatjana Djatschenko (Beraterin des Präsidenten für das Ansehen des Präsidenten) und Ruslan Orechow (Leiter der Hauptverwaltung Staatsrecht in der Präsidialadministration) entschieden, die Regierung Tschernomyrdin zu entlassen. In den letzten Monaten kritisierte Jelzin die Regierung mehrmals öffentlich, z.B. in der protokollarisch höchsten Form in seiner Rede am 17. Februar 1998 vor beiden Parlamentskammern anläßlich der Vorlage seiner von der Verfassung vorgeschriebenen jährlichen

¹ Diese Analyse fußt u.a. auf Gesprächen, die der Autor vom 11. bis 15. Mai 1998 in Moskau mit den Stellvertretenden Vorsitzenden der "Kommunistischen Partei der Russischen Föderation" (KPRF), der "Liberal-demokratischen Partei Rußlands" (LDPR), mit führenden Vertretern der Fraktionen von "Jabloko" und "Unser Haus Rußland" (UHR), die zugleich Vorsitzende bzw. Stellvertretende Vorsitzende von Komitees der Staatsduma sind, mit dem persönlichen Referenten des Vorsitzenden des Föderationsrats, mit Vertretern des Außenministeriums sowie mit Wissenschaftlern und Journalisten geführt hat.

Botschaft über die Lage der Nation an die Föderalversammlung: "In jeder Botschaft spreche ich von der Notwendigkeit, einen realistischen Haushalt zu verabschieden, die Nichtbezahlungen abzuschaffen, von der Industriepolitik und von der Einsparung staatlicher Mittel. Noch einmal werde ich das nicht wiederholen. Wenn die Regierung nicht imstande ist, diese strategischen Aufgaben zu lösen, wird es eine neue Regierung geben."

Die Gründe für die Ablösung von Tschernomyrdin bestanden darin, daß Jelzin schon längere Zeit Unmut über Tschernomyrdins Verselbständigung empfand, obwohl er sich nach außen Jelzin gegenüber immer loyal gab. Hinzu kam, daß er sich in zunehmendem Maß nicht nur mit wirtschaftlichen Fragen befaßte, sondern immer mehr Interesse an Politik gewann. Der Versuch Jelzins, Tschernomyrdin im März 1997 durch die Berufung von Anatolij Tschubajts zum Ersten Stellvertretenden Premier mit der Zuständigkeit Finanzen und Boris Nemzow zum Stellvertretenden Premier mit der Zuständigkeit für die natürlichen Monopole, vor allem für Öl und Gas, auszubalancieren, scheiterte. Es gelang ihnen nicht, innerhalb der Regierung ein zweites Machtzentrum aufzubauen. Tschernomyrdin wurde für Jelzin immer mehr zu einer politischen und – mit Blick auf die Präsidentenwahl im Jahr 2000 – persönlichen Herausforderung. Hinzu kam, daß sich der geringe Wachstumstrend von 1997 in 1998 nicht fortsetzte. Es kam erneut zur Stagnation, auch wenn diese Entwicklung regional unterschiedlich abläuft. Verschärfend wirkten sich dabei die ostasiatische Währungskrise und der Erdölpreisverfall aus. Durch die Entlassung von Tschernomyrdin konnte Jelzin diese wirtschaftlichen Mißerfolge "abschreiben".

Den Zeitpunkt für die Entlassung von Tschernomyrdin wählte Jelzin spontan, so daß selbst der Premier nur kurz vor der Fernsehansprache von Jelzin zu seiner Überraschung am 23. März über seine unmittelbar bevorstehende Entlassung unterrichtet wurde. Die Vorsitzenden des Föderationsrats (Jegor Strojew) und der Staatsduma (Gennadij Selesnjow) erfuhren die Ablösung Tschernomyrdins aus den Massenmedien. Der Anlaß für die spontane Entlassung Tschernomyrdins war seine Aussage am Rande der 10. Sitzung der russisch-amerikanischen Kommission für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit ("Gore-Tschernomyrdin-Kommission") vom 10. bis 13. März 1998 in Washington gegenüber dem amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore, daß er – Tschernomyrdin – der nächste russische Präsident sein werde. Dies bewirkte einen Vertrauensverlust bei Jelzin, der noch verstärkt wird, wenn bedacht wird, daß Jelzin erneut zur Präsidentschaftswahl antreten möchte.

Der neue Regierungschef Kirijenko

Nur derjenige durfte neuer Premier werden, der ein politischer Nobody ist, von den Reformern empfohlen wurde und im Jahr 2000 nicht wählbar ist. Die engste Umgebung Jelzins sprach sich schließlich für Sergej Wladimirowitsch Kirijenko aus. Kirijenko wurde 1962 in der abchasischen Hauptstadt Suchumi, die heute zu Georgien gehört, geboren. Er absolvierte 1984 das Ingenieurstudium am Institut für Eisentransportwesen in Gorkij, dem heutigen Nischny Nowgorod. In seinem Beruf arbeitete er offensichtlich nicht, sondern begann gleich seine politische Laufbahn als Sekretär der kommunistischen Jugendorganisation Komsomol auf der Schiffsbauwerft "Krasnoje Sormowo" in Gorkij. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR übernahm er 1993 die Leitung der Bank "Garantija" in Nischny Nowgorod, bei der vor allem Gelder für die Rentenkassen deponiert waren. 1996 wurde er Präsident der Ölgesellschaft NORSI-Oil AG in Nischny Nowgorod. Im Mai 1997 wurde er nach Moskau als Erster Stellvertretender Minister für Brennstoff- und Energiewirtschaft gerufen. Im November 1997 übernahm er die Leitung dieses Ressorts und wurde einen Monat später zugleich Vorsitzender des Kollegiums der Regierungsvertreter der GASPROM AG.

Kirijenko wird von denjenigen, die ihn kennen, als starke Figur geschildert. Er analysiert sehr schnell und entscheidet rasch. Er klebt nicht an seinem Amt. Wenn Jelzin Kirijenkos Vorstellungen ablehnen würde, dürfte er nicht seine Meinung ändern, sondern seinen Rücktritt einreichen.

Durch den Regierungswechsel haben der Präsident – wobei sichtbar wurde, wie abhängig die Regierung vom Präsidenten ist –, die Regierung – die schwächer ist als der Premier – und die Staats-

duma wegen ihrer schließlichen Zustimmung zu Kirijenko an Ansehen verloren. Für die politische Stabilität in Rußland war es allerdings gut, daß die Staatsduma nicht vorzeitig aufgelöst wurde. Der Föderationsrat mit seinem Vorsitzenden Strojew spielte im Zusammenhang mit der Bestätigung des neuen Regierungschefs durch die Staatsduma eine Vermittlerrolle zwischen Präsident und Parlament. Der Präsident rief den Föderationsratsvorsitzenden mehrmals an, und alle Vorsitzenden der Fraktionen der Staatsduma kamen einzeln zu Gesprächen in den Föderationsrat. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß die Regionalisierung Rußlands weiter zunehmen wird. Viele Gouverneure haben das Angebot, in der Regierung mitzuarbeiten, abgelehnt, weil sie nicht in einer Funktion tätig sein wollen, in der sie von heute auf morgen abgelöst werden können.

Die neue Regierung

Im Rahmen der schon seit einigen Monaten laufenden Reduzierung des administrativen Apparats ist die neue Regierung straffer strukturiert. Sie zählt 26 statt bisher 33 Mitglieder: Ein Regierungschef, drei Stellvertretende Regierungschefs statt bisher zehn und – wie bisher – 22 Minister. Die Verkleinerung der Regierung erfolgte allein durch die Verminderung der Stellvertretenden Premiers. Aufgelöst wurden das Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen und Handel sowie das Ministerium für die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der GUS. Neu gebildet wurden das Ministerium für Industrie und Handel, das einige Aufgaben der beiden aufgelösten Ministerien übernimmt – einen anderen Teil der Kompetenzen erhält das Wirtschaftsministerium –, und das Ministerium für Bodenpolitik, Bauwesen, Wohnungs- und Kommunalpolitik, dem die Zuständigkeiten einiger aufgelöster einschlägiger Staatskomitees und Föderaler Dienste übertragen wurden. Das Ministerium für Nationalitätenangelegenheiten und föderative Beziehungen wurde in Ministerium für Regionale und Ethnische Politik umbenannt. Insgesamt werden acht Staatskomitees und Föderale Dienste sowie die Branchenabteilungen im Regierungsapparat aufgelöst.

Dem Regierungschef sind zugeordnet: der Außenminister (Jewgenij Primakow, 69 Jahre), der Verteidigungsminister (Igor Sergejew, 60 Jahre), der Innenminister (*neu* Sergej Stepaschin, 46 Jahre), der Justizminister (*neu* Pawel Krascheninnikow, 34 Jahre), der Minister für Zivilverteidigung, Ausnahmesituationen und Beseitigung von Naturkatastrophen (Sergej Schojgu, 43 Jahre) sowie der Minister für Regionale und Ethnische Politik (*neu* Jewgenij Sapiro, 64 Jahre).

Der *neue* Stellvertretende Regierungschef Wiktor Christenko (41 Jahre) leitet den wichtigen Bereich Finanzen und Wirtschaft mit folgenden Ministerien: Ministerium für Finanzen (Michail Sadornow, 35 Jahre), für Wirtschaft (Jakow Urinson, 54 Jahre), für Industrie und Handel (der Minister wurde noch nicht ernannt, geschäftsführend *neu* Georgij Gabunija, 46 Jahre), für Landwirtschaft und Ernährung (*neu* Wiktor Semjonow, 40 Jahre) sowie für Verwaltung des Staatsvermögens (Farit Gasisullin, 52 Jahre).

Dem bestätigten Stellvertretenden Premier Boris Nemzow (38 Jahre) sind folgende Ministerien zugeordnet: Ministerium für Brennstoff- und Energiewirtschaft (*neu* Sergej Generalow, 34 Jahre), für Eisenbahnwesen (Nikolaj Aksenenko, 49 Jahre), für Verkehrswesen (Sergej Frank, 38 Jahre), für Bodenpolitik, Bauwesen, Wohnungs- und Kommunalpolitik (*neu* Ilja Jushanow, 38 Jahre), für Natürliche Ressourcen (*neu* Wiktor Nekrutenko, 47 Jahre) und für Atomwirtschaft (Jewgenij Adamow, 59 Jahre).

Der ebenfalls bestätigte Stellvertretende Premier Oleg Sysujew (45 Jahre) ist für Sozialpolitik zuständig mit folgenden Ministerien: Ministerium für Arbeit und soziale Entwicklung (*neu* Oksana Dmitrijewa, 40 Jahre), für Wissenschaft und Technologien (*neu* Wladimir Bulgak, 57 Jahre), für Gesundheitswesen (*neu* Oleg Rutkowskij, 50 Jahre), Kultur (Natalja Dementjewa, 51 Jahre) sowie für Allgemeine und Berufsbildung (Aleksandr Tichonow, 51 Jahre).

Von den 12 formal neuen Regierungsmitgliedern (46,2%) ist nur die Hälfte wirklich neu: Rutkowskij (Gesundheitswesen, bisher Oberarzt im Städtischen Krankenhaus Nr. 1 in Moskau), Sapiro (Regiona-

le und Ethnische Politik, vorher Vorsitzender der Duma des Gebiets Perm), Nekrutenko (Natürliche Ressourcen, vorher Leiter der Abteilung für Eigentum und Regulierung natürlicher Monopole im russischen Regierungsapparat), Semjonow (Landwirtschaft und Ernährung, vorher Leiter des größten Gemüseanbaubetriebs im Gebiet Moskau sowie Erster Stellvertretender Vorsitzender des Agroindustriellen Verbandes Rußlands), Generalow (Brennstoff- und Energiewirtschaft, vorher Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Bank Menatep) sowie Dmitrijewa (Arbeit und soziale Entwicklung, vorher Abgeordnete der Staatsduma und Mitglied der Jabloko-Fraktion). Von den übrigen formal sechs neuen Regierungsmitgliedern war einer vorher Stellvertretender Regierungschef (Bulgak), einer Minister (Stepaschin), einer Vorsitzender eines Staatskomitees, das dem Rang eines Ministeriums gleichgestellt ist (Jumashew), drei waren vorher Stellvertretende Minister (Krascheninnikow, Gabunja), von denen es einer in der neuen Regierung gleich zum Stellvertretenden Premier schaffte (Christenko).

Der neuen Regierung gehören an: ein Bankier, ein Wissenschaftler und vier Parteimitglieder ohne Führungsfunktionen (Christenko, Bulgak und Schojgu von "Unser Haus Rußland" sowie Dmitrijewa von Jabloko, obwohl diese Fraktion dreimal gegen Krijenko gestimmt hat). Alle übrigen Regierungsmitglieder sind Praktiker, so daß man – wie bisher – von einem Technokratenkabinett sprechen kann.

Jelzin räumt der neuen Regierung größere Selbständigkeit ein, denn die Regierungsentscheidungen müssen vorher nicht mehr die Administration des Präsidenten durchlaufen haben. Die Zuständigkeiten des neuen Regierungspräsidiums, das aus dem Premier, seinen drei Stellvertretern und aus den Ministern für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung des Staatsvermögens sowie Wissenschaft und Technologien besteht, sind noch nicht genau festgelegt.

Die Machtministerien

Die neue Regierung ist personell blaß und insofern besser an die Verfassung angepaßt. Die Machtministerien, die dem Präsidenten direkt unterstellt sind, blieben personell unverändert bis auf den neuen Innenminister. Der bisherige Innenminister und Stellvertretende Premier, Armeegeneral Anatolij Kulikow, war von Jelzin entlassen worden, weil er verschiedentlich unpassende Äußerungen gemacht hatte, wie z.B. Tschetschenien müsse wieder bombardiert werden und die Banken seien abzuschaffen, und weil er die Miliz wie eine Armee ausrüsten wollte. Sein Nachfolger Stepaschin ist von demselben Kaliber wie Kulikow, nur gerissener. Von Stepaschin, der als Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB mit für den Krieg in Tschetschenien verantwortlich ist, dürfte kaum eine andere Politik als von seinem Vorgänger im Amt zu erwarten sein.

Von Gewicht ist lediglich Außenminister Jewgenij Primakow, der zugleich das älteste Regierungsmitglied ist. Er erfuhr im Rahmen der Regierungsbildung eine Stärkung seines Ministeriums, weil seinem Haus einige Funktionen der beiden aufgelösten Ministerien für Außenwirtschaft und GUS übertragen wurden. Jelzin bestätigte am 12. Mai in seiner kurzen Ansprache im Außenministerium anläßlich einer Auszeichnung die außenpolitische Linie seines Außenministers in allen Punkten.

Bei Verteidigungsminister Marschall Igor Sergejew ist das politische Gewicht fraglich. Er dürfte sich sehr schwer tun, eine wirkliche Armee reform durchzuführen, denn die Probleme der Armee sind sehr umfassend und vielschichtig. Für eine echte Armee reform dürften Jahrzehnte erforderlich sein.

Beschränkte Aussichten für die Regierung Kirijenko

Einer jüngsten Telefonumfrage zufolge trauen zwei Drittel der russischen Bevölkerung der neuen Regierung nicht zu, die Probleme zu lösen. Ihre Hauptaufgabe sind die Finanzen. Rußland bewegt sich dabei auf dem sehr engen Pfad, dem ihm der IWF läßt. Kirijenko hat keine politische Unterstützung in der Staatsduma. In diesem Herbst dürfte sich – nach 100 Tagen Schonfrist und der Sommerpause – das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung wahrscheinlich zuspitzen. Wenn die Regierung die Budgetprobleme bis dahin nicht gelöst haben wird – die Steuereinnahmen haben sich im Mai 1998

gegenüber dem Vormonat von 14 Mrd. Rubel auf 8,5 Mrd. Rubel fast halbiert – , wird die Staatsduma Mitte Oktober Kirijenko das Mißtrauen aussprechen. Zum ersten Mal könnte sie dabei Erfolg haben. Bei einer Wiederholung des Mißtrauensvotums durch die Staatsduma innerhalb von drei Monaten dürfte der Präsident nicht die Regierung entlassen, sondern die Staatsduma auflösen (vgl. Verfassungsartikel 117). Als Folge davon werden wir uns wohl Anfang 1999 auf vorgezogene Parlamentswahlen einzustellen haben. Eine Auflösung der Staatsduma wegen einer Person – im Falle der Nichtzustimmung zur Ernennung Kirijenkos als Regierungschef –, hätte die Bevölkerung nicht verstanden. Daß aber infolge der Ablehnung einer schlecht arbeitenden Regierung das Parlament aufgelöst wird, werden die Menschen wohl eher nachvollziehen können.

Vorgezogene Dumawahlen

Bei den vorgezogenen Staatsdumawahlen im April oder Mai 1999 wird die KPRF kaum weitere Stimmen gewinnen können, sondern bei rund 23% verbleiben. Die Zustimmung zur Ernennung von Kirijenko hat der Opposition geschadet, innerhalb der KPRF-Fraktion finden Auseinandersetzungen über ihre weitere politische Arbeit statt. Die Abgeordneten stimmten schließlich doch der Ernennung Kirijenkos nicht nur deshalb zu, weil sie im Fall einer vorzeitigen Auflösung des Parlaments ihre materiellen Privilegien in Moskau verloren hätten – Diäten, großzügige Dienstwohnungen in Moskau, Dienstwagen, Auslandsreisen –, sondern weil sie bisher noch keine friedliche Auflösung des Parlaments erlebt haben. Die letzte Parlamentsauflösung im Herbst 1993 durch Jelzin erfolgte auf gewaltsame Weise.

Hinzu kam die Sorge, daß nach der Auflösung der Staatsduma der Präsident das Wahlgesetz vor das Verfassungsgericht bringen könnte, das vielleicht dem Antrag Jelzins folgt und das Wahlgesetz für verfassungswidrig erklärt, weil wegen der Fünf-Prozent-Hürde 49,5% der Wählerstimmen in der Staatsduma nicht repräsentiert sind. In der Zwischenzeit, in der es kein Parlament gibt, das ein neues Wahlgesetz verabschieden könnte, hat der Präsident aufgrund von Absatz 3 des Verfassungsartikels 90 das Recht, zu allen nicht geregelten Fragen Dekrete zu erlassen, die natürlich der Verfassung und den föderalen Gesetzen nicht widersprechen dürfen. In einem Wahldekret könnte er das Listenwahlrecht ganz abschaffen und das einheitliche Direktwahlrecht mit einer Stichwahlmöglichkeit einführen. Außerdem hatten viele Abgeordnete Angst, nicht wiedergewählt zu werden.

Die Reformgruppierung "Jabloko" dürfte ihren Stimmenanteil von rund 7% bei der kommenden Staatsdumawahl ebenso halten können wie "Unser Haus Rußland" (UHR), die bisherige "Partei der Macht", ihre 10%. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß UHR aufgrund der Entlassung seines Vorsitzenden Tschernomyrdin aus dem Amt des Regierungschefs in eine innere Krise gerät.

Die zum ersten Mal antretende Partei von Aleksandr Lebed, die im März 1997 gegründete "Russische Volksrepublikanische Partei", könnte 10% der Stimmen bekommen. Sie würde einige Protestwähler gewinnen können, die bisher für die KPRF bzw. die LDPR gestimmt haben. Dies dürfte dazu führen, daß die KPRF ihren Stimmenanteil nicht weiter ausbauen können wird, zumal ihr Elektorat überaltert ist. Auf der anderen Seite wird diese Entwicklung auch die LPDR Stimmen kosten, so daß sie ihre 11% 1995 wohl nicht mehr erreichen wird. Unter Umständen wird sie Schwierigkeiten haben, überhaupt noch in die Staatsduma zu kommen, vom Parteivorsitzenden Wladimir Shirinowskij abgesehen, der auf jeden Fall ein Direktmandat erreichen dürfte.

Eberhard Schneider

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0945-4071